
Neue Parteien, Skandale und Alltägliches in Landtagswahlkämpfen – Thementreiber der Inneren Sicherheit

MATHIAS BUG UND ERIC VAN UM

Mathias Bug, DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, E-Mail: mathiasbug@gmail.com
Eric van Um, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, E-Mail: Eric.vanUm@gesis.org

Zusammenfassung: Sicherheitsthemen sind ein klassisches Feld der politischen Auseinandersetzung in Demokratien – im deutschen Fall spielt dabei die föderale Prägung eine entscheidende Rolle. Der vorliegende Beitrag ist ein erster Versuch, die politische Positionierung von Parteien in Deutschland im Bereich Kriminalität und Innere Sicherheit zu messen und deren Dynamiken zu erklären. Um diesen Fragen nachzugehen, wird die Bedeutung von Themen der Inneren Sicherheit in Wahlprogrammen sowohl auf Landes- als auch Bundesebene codiert, wobei alle Wahlprogramme der in Landesparlamenten eingezogenen Parteien zwischen September 2011 (Abgeordnetenhauswahl in Berlin) und September 2014 (Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen) berücksichtigt werden. In den gewonnenen Daten zu den Policy-Positionen der Parteien werden erhebliche Unterschiede in der Bedeutung der Problemfelder der Inneren Sicherheit deutlich. Bedeutsame Unterschiede treten dabei sowohl in einzelnen Bundesländern im Vergleich der Parteien als auch zwischen den Landesverbänden einer Partei zutage. Gleichzeitig lassen sich auch grundsätzliche Einflussfaktoren auf die Themensetzung von Parteien identifizieren. So gelingt es neu entstehenden, vermeintlichen Ein-Themen-Parteien (Piratenpartei und AfD) einerseits, die Themen für jene parlamentarisch etablierten Parteien zu einem gewissen Grad „vorzugeben“, die ihnen bei der Wählerklientel vergleichsweise nahe stehen. Andererseits können besonders sogenannte Skandale dazu beitragen, dass ansonsten in Wahlkämpfen vermiedene Themen herausgestellt werden. So erlangte insbesondere durch den NSU-Skandal die Arbeit der Geheimdienste eine zuvor nicht gekannte Bedeutung für Policy-Positionen der Parteien. Allerdings zeigen sich solche bundesweit beachteten Skandale nicht notwendigerweise in allen Wahlprogrammen. Die NSU-Affäre schlug sich beispielsweise programmatisch nur regional begrenzt nieder.

→ JEL Classification: H76, H77, Z18

→ Keywords: Innere Sicherheit, Wahlprogramm, Wahlprogrammanalyse, Wahlkämpfe, Landtagswahlen, Föderalismus, Parteien, Kriminalität

Summary: Topics around security are a central field of political discourse in democracies – in the German case federalism plays a characterizing role. This article is a first trial to measure policy positions and its dynamics within the policy field of crime and internal security in Germany. The salience of the different issues in party manifestos on state and federal level is analyzed. The comparative approach is based on a comprehensive analysis of the party manifestos of parties that were elected into federal parliaments successfully between September 2011 (House of Representatives election in Berlin) and September 2014 (Parliament elections in Brandenburg and Thuringia). Results show the substantial inequality of the relevance different topics of internal security play. Relevant differences become apparent within political parties as well as across the German Länder. Still, the contents of parties' programs seem to be influenced by a number of rather generalizable factors. During the observation period, topics gained timeliness for two reasons: On the one hand it appears that emerging and presumed single-issue parties (the Pirate Party and the AfD) can "set" topics for the already established parties that seek after a similar clientele within the electorate. On the other hand, in particular the NSU-scandal had the power to bring up issues that are normally avoided in party manifestos, such as issues around the secret services. This area was not explicitly covered by any political party before the NSU-scandal. However, these German-wide scandals do not need to be salient in all manifestos. The NSU-scandal, for example, had only a regional impact.

I **Innere Sicherheit – Landespolitische Verortung unter dem Einfluss neuer Parteien und politischer Skandale**

Kriminalität und Innere Sicherheit spielen in Medien, Politik und Gesellschaft eine wichtige Rolle. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass sowohl die amtlich berichtete Kriminalität als auch die Kriminalitätsfurcht seit Jahren konstant bleiben oder sogar abnehmen (vergleiche hierzu Bug und Meier 2014, Bug und van Um 2014). Auch Politiker und Parteien versuchen entsprechend ihre Kompetenzen in diesem Themenfeld unter Beweis zu stellen – und hier steht insbesondere die Landesebene mit ihrer weitgehenden Verantwortung für die Herstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Vordergrund. Die von Parteien identifizierten Ursachen von Unsicherheit und Kriminalität ebenso wie die Vorschläge, wie mit Kriminalität umgegangen werden soll, unterscheiden sich dabei allerdings. Die hier vorliegende Studie hat das Ziel, Problemwahrnehmungen von Parteien im Themenfeld von Innerer Sicherheit/Kriminalität zu identifizieren und zu vergleichen. Insbesondere die Fragen, welche konkreten Themen im Vordergrund stehen, werden näher beleuchtet. Unterschiede innerhalb sowie zwischen Bundesländern werden ebenso betrachtet wie Unterschiede zwischen der Landes- und Bundesebene. Letztlich lassen sich mit diesem detaillierten Vorgehen auch Veränderungen von Policy-Positionen im Bereich der Inneren Sicherheit nachzeichnen – wofür die empirische Grundlage mit den hier vorgestellten Daten erst geschaffen wurde.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Frage, wie sicherheitspolitische Aussagen und Positionierungen von etablierten Parteien von (1) skandalträchtigen Themen (die sowohl medial als auch politisch ein großes überregionales Echo hervorrufen) aus dem Politikfeld der Inneren Sicherheit und (2) von aussichtsreichen Parteigründungen beeinflusst werden. Für Bereiche wie die Umwelt- und Migrationspolitik (Abu Chadi 2015) liegen bereits Veröffentlichungen zur Beeinflussung zwischen neuen und alten politischen Akteuren in ihren Policy-Positionen vor. Für den Bereich der Inneren Sicherheit ist eine solche Analyse bisher nur mit eher unbefriedigender

empirischer Basis möglich (Müller und Stecker 2015). Das vergleichende Vorgehen im vorliegenden Artikel basiert demgegenüber auf einer umfangreichen Analyse von Wahlprogrammen und weitet die Untersuchung auf den Bereich der Inneren Sicherheit aus. Betrachtet werden alle Parteien (beziehungsweise deren Landesverbände), die zwischen September 2011 (Abgeordnetenhauswahl in Berlin) und September 2014 (Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen) die Fünf-Prozent-Hürde in den Parlamentswahlen nahmen. Damit stellt die hier vorgestellte Datenbasis eine erhebliche Erweiterung der bisher zugänglichen Empirie dar. Dieser Artikel ist als erste deskriptive Analyse einzuordnen, die Veränderungen der Policy-Positionen von Parteien in den deutschen Bundesländern für den Bereich der Inneren Sicherheit nachzeichnet.

In die Beobachtungsphase fällt insbesondere der überregional relevante, nicht aber alle Länder gleichermaßen betreffende Skandal rund um die Morde, Anschläge und Raubüberfälle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Der Skandal um die wohl rechtsextremistisch motivierten Morde des NSU und ihre sehr späte Aufklärung stellten insbesondere die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden und Verfassungsschutzämter, die Kooperation zwischen den eingebundenen Behörden auf Landesebene und – zu einem geringeren Grad – zwischen Bund und Ländern in Frage.

Darüber hinaus kam es im Untersuchungszeitraum zu deutlichen Verschiebungen der Parteienlandschaft in den Parlamenten. Die Wahlverluste der FDP sowie die Erfolge der Piratenpartei in der ersten Phase und der AfD (Alternative für Deutschland) in der zweiten Phase des Beobachtungszeitraums haben in zahlreichen Landesparlamenten zu einer neuen Zusammensetzung geführt. Die etablierten Parteien in Bundestag und Landtagen sahen sich mit bis dahin unbekannter, aber zeitweilig sehr aussichtsreicher Konkurrenz konfrontiert. Die zwei „neuen“ Parteien fokussierten dabei auf unterschiedliche Bereiche der Inneren Sicherheit. Inwieweit sie damit auch die Themensetzung für die Wahlkämpfe der etablierten Parteien beeinflussten, ist bislang nicht systematisch untersucht worden.

Im Folgenden untersuchen wir daher die Unterschiede der Landtagswahlprogramme der einzelnen Parteien zur Inneren Sicherheit und fragen danach, ob sich einerseits Skandale und andererseits die Schwerpunkte neuer politischer Akteure auf die Schwerpunktsetzung etablierter Parteien auswirkten. Dazu gehen wir wie folgt vor: Wir gleichen in einem ersten Schritt den Umfang, also die Salienz des Themas Innere Sicherheit an den Gesamtprogrammen ab. Salienz bezeichnet dabei im konkreten Fall „den relativen Textanteil eines Politikfelds am gesamten Wahlprogramm einer Partei“ (Seher und Pappi 2011: 11). In einem zweiten Schritt prüfen wir den Einfluss von sich neu etablierenden Parteien auf die Themensetzung bereits etablierter Parteien. Dazu vergleichen wir die Abdeckung von Subthemen der Inneren Sicherheit in allen Wahlprogrammen. Ein analytischer Fokus liegt dabei auf der Abdeckung der Kernthemen von Piratenpartei und AfD in den Wahlprogrammen der etablierten Parteien. In einem weiteren Schritt findet das stark föderal geprägte Skandalthema NSU – operationalisiert über die Salienz der meist in Wahlprogrammen gemiedenen Themen rund um den Verfassungsschutz – Eingang in die Analyse. Diese Analyse liefert durch die Begrenzung auf einen Fall zwar Hinweise auf die Rolle politischer Skandale, sie erlaubt aber keine verallgemeinerbare Bewertung. Insgesamt lässt sich in beiden Analysen die Hypothese prüfen, dass die etablierten deutschen Parteien auf neue Parteien sowie auf Skandale reagieren und die Wahlprogramme damit einer erheblichen Dynamik unterliegen.

2 Die Rolle von Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen – Forschungsstand und eigenes Vorgehen

Eine detaillierte Analyse parteipolitischer Themensetzungen im Bereich der Inneren Sicherheit ist nicht nur für die Parteienforschung und die Bestimmung parteipolitischer Ausrichtungen relevant. Sie hat vielmehr auch aus dem Grund Bedeutung, dass dieses Themenfeld für viele Wählerinnen und Wähler in ihrer Wahlentscheidung eine wichtige Rolle spielt. Eine im WISIND-Projekt durchgeführte CATI-Befragung¹ zeigt (näherungsweise), dass etwa sieben Prozent der Befragten den Themen Kriminalität und Innere Sicherheit eine alles entscheidende Rolle in ihrer Wahlentscheidung zugestehen. Weitere 40 Prozent sehen Innere Sicherheit als mitentscheidenden Wahlfaktor an.² Wie Abbildung 1 zeigt, erwarten die genannten sicherheitsorientierten Wählerinnen und Wähler von der Politik dabei eher ein hohes Maß an Innerer Sicherheit als die Wahrung der eigenen Freiheitsrechte. Diese Logik kehrt sich im Bereich der weniger sicherheitsorientierten Wählerschaft um.

Die normative Erwartungshaltung hinsichtlich der politischen Vorstellungen zur Inneren Sicherheit schwankt ebenfalls. Bei der Wahl zwischen einem hohen Maß an Innerer Sicherheit und der Wahrung der eigenen Freiheitsrechte entscheiden sich zwischen 40 und 50 Prozent der Sympathisanten von Die Linke, Union und AfD für ein hohes Maß an Innerer Sicherheit, während dies lediglich auf rund ein Drittel der SPD- und FDP-Anhänger und nochmals deutlich weniger Anhänger der Piratenpartei (21 Prozent) und der Grünen (17 Prozent) zutrifft. Diese Ergebnisse deuten also bereits auf sehr unterschiedliche parteispezifische Erwartungshaltungen hin, wenn es um die Innere Sicherheit geht. Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen zeigen sich in den hier genutzten Daten auch landesspezifisch. Dies ist nicht verwunderlich, da im deutschen Föderalismus den Ländern – neben der Bildungspolitik – die Innere Sicherheit als zentrales Politikfeld mit eigener Gesetzgebungskompetenz weitgehend verblieben ist (Lauer und Münch 2010: 123, 129). Die politische Ausrichtung eines Landesverbandes im Themenbereich Innere Sicherheit bleibt daher bis zu einem bestimmten Grad selbstbestimmt. Frühere Forschungen von Seher und Pappi (2011) bestätigen diese Annahme auch empirisch. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass *„es tatsächlich eine eigene Landespolitik in den deutschen Bundesländern zu geben scheint“* (Seher und Pappi 2011: 12). Eine thematische Varianz in den Wahlprogrammen zwischen den Ländern ist entsprechend zu erwarten. Gleichzeitig bestehen gegenläufige Tendenzen: Das Politikfeld fällt zwar grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder, es unterliegt aber *„beispielsweise aufgrund des bundeseinheitlichen Strafrechts und der [wachsenden Bedeutung von] Polizeien und Nachrichtendiensten des Bundes“* (Seher und Pappi 2011: 9, siehe dazu auch Lange und Frevel 2009: 116–127) sowie einem institutionalisierten Geflecht der Kooperation (unter anderem mit dem Ziel des Datenaustauschs) einem erheblichen Harmonisierungsdruck.

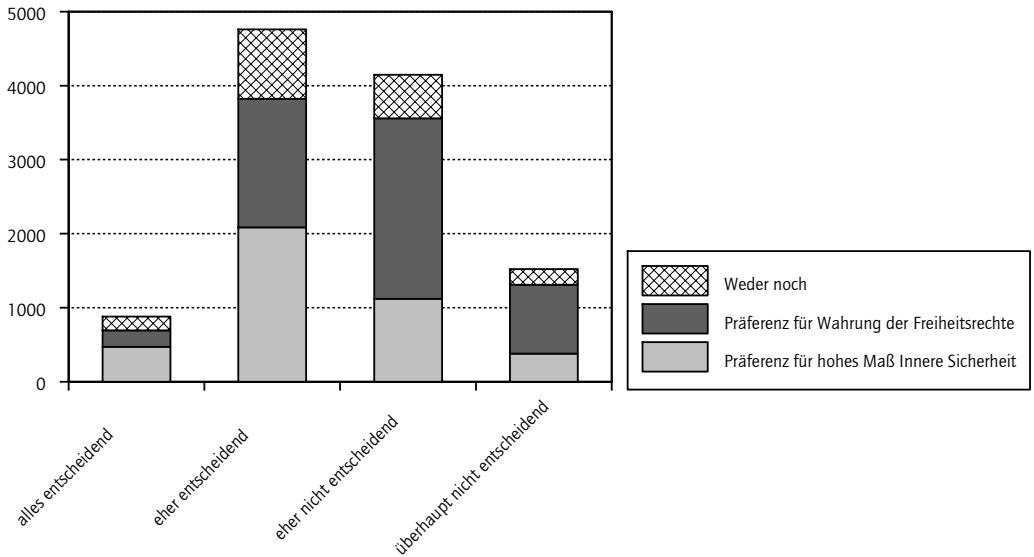
Methodisch lassen sich eine Reihe grundlegender Verfahren in der Forschung unterscheiden, um die Agenda und Positionen von Parteien zu bestimmen. Neben Umfragen unter Parteianhängern beziehungsweise Parteieliten (Linhart und Windwehr 2012) und Experten (Laver und

1 Telefonisch befragt wurden im Sommer 2014 12 093 Personen, deren Nummern zufällig generiert wurden. 20 Prozent der Befragten wurden über Handynummern interviewt. Die bundesweite Stichprobe ist proportional zur Einwohnerzahl und enthält pro kreisfreier Stadt beziehungsweise pro Landkreis mindestens 15 Befragte. Die Befragung wurde von TNS Emnid durchgeführt.

2 Eine ähnlich gelagerte Befragung aus dem Jahr 2011 ergab etwas höhere Werte (vergleiche Bug 2014: 63–66 und Röllgen 2014: 553, 554).

Abbildung 1

**Welche Rolle haben bei Ihren Wahlentscheidungen die Forderungen einer Partei zu Kriminalität und Innerer Sicherheit ganz allgemein?
Sind diese ... (n = 11 311)**



Quelle: Bug et al. (2015): WISIND-Kriminalitätsbefragung – ZA7465. GESIS Datenarchiv, Köln.

Hunt 1992, Benoit und Laver 2007) sind häufig manuelle oder automatisierte Dokumentenanalysen (Binder und Wüst 2004, Proksch und Slapin 2009, Pappi et al. 2013) durchgeführt worden. Insbesondere die Analyse politischer Texte zur Bestimmung der Ziele und politischen Vorstellungen von Parteien ist in der politikwissenschaftlichen Forschung etabliert (Proksch und Slapin 2009: 323).

Zum Vergleich der politischen Vorstellungen von Parteien eignen sich Wahlprogramme in besonderem Maße. Wahlprogramme erfüllen eine Reihe von Aufgaben und sollen, unter anderem, Wähler mobilisieren und überzeugen und als Informationsgrundlage über Politikpositionen für mögliche Koalitionspartner dienen (Pappi und Seher 2009: 403, Merz und Regel 2013: 216, Pappi et al. 2013: 7, 22). Sie „fassen [...] die programmatischen Vorstellungen einer Partei punktuell vor einer Wahl zusammen“ (Korte und Treibel 2009: 3) und gelten als „verlässlicher Indikator bei der Analyse von Politikzielen“ (Binder und Wüst 2004: 1, siehe auch Werner et al. 2011: 2 sowie Wüst 2003: 1). Wahlprogramme wurden entsprechend auch „als Quelle über die politischen Vorstellungen [einer] Partei“ bezeichnet (Pappi et al. 2013: 7). Daher verwundert es nicht, dass die Parteienforschung vielfach auf Wahlprogramme als Untersuchungseinheit zurückgegriffen hat. Die wissenschaftliche Analyse von Wahlprogrammen wird inzwischen sogar als „eigene[n] Teildisziplin innerhalb der Parteienforschung“ betrachtet (Merz und Regel 2013: 211).

Die bekanntesten Beispiele für manuell durchgeführte Codierverfahren zur Analyse von Wahlprogrammen sind in Studien zu finden, die auf dem Comparative Manifestos Project (CMP)

aufbauen und international vergleichend Wahlprogramme in verschiedenen Ländern analysieren (Binder und Wüst 2004: 2).³ Das CMP ist eine Fortführung der Arbeit der Manifesto Research Group, die sich 1979 etablierte und den inhaltlichen Grundstein für die Forschung legte (Wüst 2003: 1). Seit 1989 wird das CMP vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreut (Merz und Regel 2013: 219).⁴ Seit dem Jahr 2000 existiert mit dem Euromanifestos Project ein weiteres Projekt zur Parteienanalyse, das auf dem CMP aufbaut, allerdings ein angepasstes Codierverfahren verwendet (Wüst 2003: 1). Es wurde vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) zur Analyse von Wahlen des Europäischen Parlaments entwickelt und beansprucht, analog zum CMP, durch einen standardisierten Rahmen Vergleichbarkeit von Parteipositionen über Regionen und Wahlen hinweg.

Obwohl der Umfang der Forschung zur Wahlprogrammanalyse auch auf Landesebene zugenommen hat, finden sich bislang keine detaillierten Analysen zum Politikfeld Innere Sicherheit (und Justiz). Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass sich Wahlprogrammanalysen meist nicht auf die Bestimmung einzelner Themen (zum Beispiel der Inneren Sicherheit) beschränken. Vielmehr beanspruchen diese Analysen, Parteipositionen entweder zu einer Vielzahl einzelner Themen abzubilden oder aus dem Facettenreichtum des jeweiligen Programmes heraus eine übergeordnete Beurteilung von Parteiausrichtungen vorzunehmen. In beiden Fällen ist eine detaillierte Analyse von Innerer Sicherheit empirisch nicht möglich. Entsprechend beschränkt sich beispielsweise das etablierte Comparative Manifesto Project darauf, innen- und sicherheitspolitische Kategorien lediglich über eine einzige Variable („Law and Order“) zu erfassen.⁵

Ein wichtiger Vorteil in der Nutzung der Daten des CMP liegt allerdings in der Längsschnitt- und internationalen Vergleichsperspektive. So kann auch die im vorliegenden Artikel aufgeworfene Frage untersucht werden, ob erfolgreiche neue Parteien einen Einfluss auf die Themensetzung der etablierten Parteien ausüben. Müller und Stecker (2015) nutzen dazu insbesondere die zuvor angesprochene einzelne Variable „Law and Order“ mit der Codierung „positive“⁶. Ihre Studie ist als europäischer Vergleich angelegt. Im Ergebnis nehmen die Autoren unterschiedliche Reaktionen auf neue Parteien an – abhängig von deren Verortung im Parteispektrum und von der Verortung der etablierten Parteien. Diese Beobachtung wird in einer Analyse von Abou-Chadi (2015) bestätigt, in der wiederum der Einfluss neuer Parteien analysiert wird. Dazu prüft der Autor insbesondere Veränderungen in den Inhalten zu Immigration (als Stellvertreterthema „rechter“ Themen) und zu Umweltthemen (als Stellvertreterthema ökologischer – und damit „linker“ – Themen). Abou-Chadi sieht einen zentralen Unterschied zwischen diesen Themen: Grüne Parteien hätten das Thema Umweltpolitik grundsätzlich neu in die Parteiprogrammatiken eingebracht und über ihre ausgewiesene Expertise dafür gesorgt, dass die etablierten Parteien in der Tendenz die „grünen“ Themen mieden. Die Forderungen rechter Parteien hingegen seien nicht neu und würden von den etablierten Parteien – in Zeiten von Erfolgen rechter Parteien – lediglich expliziter aufgegriffen. Für den Einfluss von neuen Parteien auf die Parteiprogrammatik

3 Dazu zählen über 50 Staaten, vorwiegend OECD- und EU-Mitglieder (Werner et al. 2011: 2)

4 Nähere Informationen unter: <http://manifestoproject.wzb.eu>. Aufbauend auf der CMP-Methodologie wurden zahlreiche Studien veröffentlicht, so zum Beispiel Volkens et al. (2009), Hopkins und King (2010), Quinn et al. (2010), Lowe et al. (2011), Merz und Regel (2011) und Volkens et al. (2013).

5 Ähnlich eingeschränkt – wenngleich mit einem Längsschnittanspruch und auf Ebene der Länder – geht die Codierung der Landtagswahlprogramme des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung vor.

6 Die Codierung „negative“ stellt eine Neuerung im CMP-Codeplan dar und bietet sich daher nicht für eine Längsschnittanalyse an.

etablierter Parteien würden demnach sowohl Konkurrenz um die Themen als auch die Konkurrenzsituation um ein Wählerklientel eine Rolle spielen.

Die Einschränkung des CMP, mit nur einer Variablen („Law-and-Order“-)Themen der Inneren Sicherheit codieren zu können, wurde bereits angesprochen. Für die Analyse föderal geprägter Politikfelder, wie dem der Inneren Sicherheit, kommt der wissenschaftliche Fokus auf die Bundesebene erschwerend hinzu. Zwar hat sich die Parteienforschung schon seit Langem intensiv mit der Ausrichtung von Parteien auseinandergesetzt. Allerdings ist erst in den letzten Jahren auch die Rolle von Parteien auf der Landesebene stärker berücksichtigt worden (Seher und Pappi 2011: 1, Niedermayer 2014). Die Codiervariablen von Comparative Manifestos Project und Euro-manifestos Project sind beispielsweise für die Bundesebene definiert, um den zwischenstaatlichen Vergleich zu ermöglichen. Für die Landesebene existiert demgegenüber kein eigenes Klassifikationshandbuch (Schmitt 2008: 1).

Für diese Forschungslücke gibt es eine Reihe von Gründen. So wurde die Landespolitik oft als „Verlängerung“ bundesstaatlicher Entscheidungen betrachtet und Landespolitik damit ein Alleinstellungsmerkmal abgesprochen (Seher und Pappi 2011: 1). Tatsächlich variieren die Kompetenzen der Länder zwischen einzelnen Themenfeldern enorm. In einigen Politikfeldern macht der Bund weitgehende Vorgaben und die Bundesländer treten in die Funktion einer ausführenden Instanz zurück (ebd: 9). In anderen Politikfeldern agieren die Bundesländer als zentrale Instanz mit weitgehender gesetzgeberischer Unabhängigkeit vom Bund. Das Argument von Landespolitik als reiner „Verlängerung“ bundesstaatlicher Entscheidungen ignoriert damit die verfassungsrechtliche Vorrangkompetenz der Länder im Sinne eines Trennföderalismus in bestimmten Bereichen, allen voran in denen der Bildung/Kultur und der Inneren Sicherheit. In diesen Bereichen dürften Konflikte auf Bundesebene demnach weniger stark Diskurse auf Landesebene überlagern. Vielmehr ist die Herausbildung landestypischer Positionen zu erwarten (Bräuninger und Debus o. J., Debus 2008). Daher lohnt eine gesonderte empirische Behandlung des Politikfeldes Innere Sicherheit in Landeswahlprogrammen auch aus dieser Perspektive, um Binnenunterschiede in eher trennföderalen Bereichen identifizieren zu können.

Die hier vorliegende Studie hat den Anspruch, die thematische Ausrichtung von Parteien auf Bundes- und auf Landesebene speziell in den Facetten des Politikfeldes Innerer Sicherheit umfassender als bislang zu erfassen. Damit wird ein inhaltlicher Vergleich der Diskurse im Politikfeld zwischen den Ländern aber auch zwischen Landesverbänden der jeweiligen Parteien ermöglicht. Basis ist eine querschnittorientierte, quantitative Inhaltsanalyse von aktuellen Wahlprogrammen zu Landtagswahlen. Grundlage der empirischen Analyse sind im ersten Schritt – der Salienganalyse – der Umfang der einschlägigen Kapitel zu Themen der Inneren Sicherheit. Im zweiten Schritt – der Analyse zur Varianz der Subthemen im Bereich der Inneren Sicherheit – bilden einzelne Sätze, die mit einer umfangreichen Suchwortanalyse detektiert wurden und nach einem umfangreichen Codeplan von Codierern analysiert wurden, die empirische Basis. Als Untersuchungseinheit für beide analytischen Schritte dienen die Wahlprogramme aller seit 2011 bei Landtagswahlen in die jeweiligen Landesparlamente gewählten Parteien. Mit dieser bewussten Begrenzung auf die Parlamentsparteien folgen wir dem Vorgehen anderer Autoren (Seher und Pappi 2011: 2, Werner et al. 2011: 2). Insgesamt ergibt sich damit eine Grundgesamtheit von 49 Wahlprogrammen.

3 **Große Unterschiede in der Salienz von Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen**

Die Salienzanalyse von „Innerer Sicherheit“ folgt einem etablierten Verfahren (vergleiche zum Beispiel Schmitt 2008: 5, Seher und Pappi 2011: 6). Die Landtagswahlprogramme werden entsprechend der Überschriften unterteilt und der Umfang dieser Textabschnitte wird gewichtet.⁷ Kapitel zu Innerer Sicherheit werden also mit anderen Themen in Wahlprogrammen, insofern sie als Überschriftenthemen fungieren, verglichen.

In vielen Fällen ist diese Zuordnung eindeutig möglich und hat sich bewährt (Pappi et al. 2013: 15).⁸ Dies gilt jedoch nicht immer. So werden Themen der Inneren Sicherheit und Justiz in manchen Fällen in unterschiedlichen Kapiteln eines Wahlprogramms behandelt. Entsprechend ignoriert die Fokussierung auf einzelne Kapitel Aspekte dieses Themenkomplexes. In anderen Fällen gilt das Gegenteil: Über Kernthemen aus dem Bereich Innere Sicherheit hinaus (vor allem Polizei/Justiz/Geheimdienste/Kriminalität/Gewalt/Extremismus) werden im Hauptkapitel zu Innerer Sicherheit auch Themen wie Asyl/Migration/Bürgerrechte berücksichtigt. Die hohe Relevanz und Betonung der letztgenannten Themen – besonders in den Programmen von Grünen und Die Linke – erklärt damit auch zu einem erheblichen Teil die scheinbar hohe Salienz von Innerer Sicherheit in den Wahlprogrammen dieser Parteien. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen kann dieses Verfahren damit lediglich beanspruchen, einen ersten Einblick zur Rolle von Themen der Inneren Sicherheit in Wahlprogrammen zu liefern.

Die Auswertung in Tabelle 1⁹ zeigt erhebliche Unterschiede sowohl zwischen Bundesländern als auch zwischen den Landesverbänden einzelner Parteien. Die Ergebnisse bestätigen damit die erwartete Eigenständigkeit thematischer Schwerpunktsetzung auf Landesebene. So spielt für einige Landesverbände Innere Sicherheit – gemessen am Umfang des Hauptkapitels im jeweiligen Wahlprogramm – kaum eine Rolle. Besonders prägnante Beispiele sind die Grünen in Bayern (1,6 Prozent)¹⁰ sowie die FDP in Schleswig Holstein (1,7 Prozent). Dem stehen Landtagswahlprogramme mit einer sehr präsenten Darstellung von Themen der Inneren Sicherheit gegenüber. Beispiele sind hier Die Linke in Thüringen (34,8 Prozent), die Grünen in Schleswig Holstein (32,2 Prozent) sowie die SPD in Berlin (38,5 Prozent). Allgemein stellen Programme, in denen mehr als ein Fünftel des Umfangs explizit auf Innere Sicherheit verwendet werden, zwar die Ausnahme dar. Ein Anteil von meist über zehn Prozent am Gesamtumfang der Landtagswahlprogramme verdeutlicht jedoch, dass Fragen der Inneren Sicherheit für Landtagswahlkämpfe und für die Programmatik der Parteien immer eine gewisse Rolle spielen. Interessanterweise ähneln die Ergebnisse der medial als „Ein-Themen-Parteien“ bezeichneten Piratenpartei und der

7 Hierbei wurde der Umfang des Kapitels zu „Innerer Sicherheit“ als Anteil am Gesamtprogramm ausgewiesen, um die Salienz des Themas Innere Sicherheit zu bestimmen.

8 Viele Parteien umreißen Themen der Inneren Sicherheit in eindeutig betitelten Kapiteln. Vergleiche zum Beispiel „Sicherheit ist Lebensqualität: Mit einer modernen Polizei und Justiz gegen Kriminalität, Terrorismus und Verwahrlosung“ (CSU Bayern 2013); „Inneres und Justiz“ (Die Linke Bremen 2011).

9 Quelle der Landtagswahlprogramme: Polidoc.net. Weitere Informationen zu diesem Archiv unter Benoit et al. (2009).

10 Dieser Befund bedeutet allerdings nicht, dass die Grünen in Bayern sich den Themen der Inneren Sicherheit nicht widmen würden. Vielmehr handelt es sich um ein sehr umfangreiches Wahlprogramm, in der die Thematik, relativ gesehen, lediglich einen kleinen Teil des Gesamtumfangs ausmacht.

Tabelle 1

Salienz des Themas Innere Sicherheit in den Landtags- und Bundestagswahlprogrammen

In Prozent

	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Piratenpartei	AfD	Durchschnitt pro Bundesland
Brandenburg (9/2014) ¹	13,1	9,1	17,8	3,9	–*	–*	21,7	13,1
Thüringen (9/2014)	13,0	16,4	34,8	26,7	–*	–*	11,8	20,5
Sachsen (8/2014)	7,4	15,1	22,6	11,9	–*	–*	9,4	13,3
Hessen (9/2013)	6,2	17,8	17,8	11,9	4,0	–*	–*	11,5
Bayern (9/2013) ²	7,4	4,0	–*	1,6	–*	–*	–*	4,9
Niedersachsen (1/2013)	6,3	18	–*	25,8	11,8		–*	15,5
Nordrhein-Westfalen (5/2012)	4,1	17,1	–*	23	19,6	8,1	–*	14,4
Schleswig-Holstein (5/2012) ³	7,2	9,2	–*	32,2	1,7	13,3	–*	12,7
Saarland (3/2012)	5,3	15,0	21,5	9,3	–*	9,3	–*	12,8
Berlin (9/2011)	–**	38,5	17,1	14,6	–*	9,8	–*	23,4
Bundesebene (9/2013)	12,4	5,7	15,3	7,2	12,7	15,5	25,3	13,4
Durchschnitt pro Partei	8,2	15,2	21,0	15,3	10,0	12,3	17,1	

1 Die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FW) wurden in der Codierung nicht berücksichtigt, da sie zwar im Landtag vertreten sind, die 5-Prozent-Hürde in der Landtagswahl aber nicht überschritten hatten.

2 Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der Freien Wähler nicht gesondert ausgewiesen.

3 Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der SSW nicht gesondert ausgewiesen.

* Kein Einzug in Landesparlament.

** Das Wahlprogramm ist nicht nach Kapiteln aufgebaut. Vielmehr werden die Themen in einem nur lose miteinander verbundenen Katalog behandelt. Aspekte der Inneren Sicherheit/Kriminalität sind unter den Nummern 33, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 59, 74, 90 zu finden. Inhalte zu Innerer Sicherheit machen circa 9 Prozent am Gesamtumfang des Wahlprogramms aus.

Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

AfD (Klecha 2013) in ihrer quantitativen Gewichtung von Themen der Inneren Sicherheit den Wahlprogrammen der etablierten Parteien.

Auch zwischen Bundesländern bestehen erhebliche Unterschiede. Wahlprogramme in Bundesländern mit sehr geringer Fokussierung auf diese Themen (Durchschnitt Bayern: 4,9 Prozent) stehen solchen gegenüber, in denen einschlägige Themen, wie zum Beispiel Polizei- oder Justizreformen oder aber Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätsprävention, eine große Rolle spielen (Gesamtdurchschnitt Berlin: 23,4 Prozent; Thüringen: 20,5 Prozent). Es fällt dabei auf, dass die Unterschiede weder konsistent zwischen ost- und westdeutschen Ländern auftreten

noch konsistent der Bevölkerungsdichte folgen¹¹ – was zwei oft herangezogenen Erklärungsfaktoren entspricht. Betrachtet man jedoch die Kriminalitätsbelastung und die Verteilung von Kriminalitätsfurcht in den einzelnen Bundesländern, so scheint diese zu einem gewissen Grad mit dem politischen Stellenwert dieser Themen in Wahlprogrammen zu korrelieren (Bug et al. 2015: 265–267). So zeigt sich insbesondere in Bayern und Hessen eine relativ niedrige Kriminalitätsbelastung im Jahr 2013, für Bayern darüber hinaus auch eine relativ niedrige Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung (ebd.: 266). Die beiden Bundesländer weisen in ihren Wahlprogrammen entsprechend auch verhältnismäßig geringe Bezüge zu Themen der Inneren Sicherheit auf.

Auch andere über Bundesländer hinweg geltende Gesetzmäßigkeiten lassen sich kaum ausmachen. Regierungsparteien beschäftigten sich nicht systematisch mehr oder weniger mit Innerer Sicherheit als Oppositionsparteien. Auch im Vergleich zwischen Parteien finden wir die Annahme nicht bestätigt, dass Parteien, die in der öffentlichen Meinung eher mit traditionellen Sicherheitsthemen in Verbindung gebracht werden (CDU, CSU), in ihren Wahlprogrammen eine Betonung auf diese Themen legen. Vielmehr spielt Innere Sicherheit dem Umfang nach für eher linksorientierte Parteien wie Die Linke (21,0 Prozent) eine deutlich größere Rolle als für die CDU/CSU, die in den Bundesländern beinahe ausnahmslos den geringsten Anteil sicherheitsbezogener Themen (im Durchschnitt 8,2 Prozent) aufweist. Die Werte von Die Linke bleiben dabei konsistent über die gesamte Beobachtungsperiode hoch, scheinen also, was den bloßen Umfang der Thematisierung Innerer Sicherheit betrifft, nicht durch die Teilnahme der AfD an den aktuellsten Wahlen in Ostdeutschland begründet zu sein. Allerdings sollte auch hier noch einmal auf die unterschiedliche Themenzusammensetzung hingewiesen werden. Die Linke behandelt in ihren Abschnitten zu Innerer Sicherheit ein breites Themenfeld, darunter Fragen von Asyl und Integration, bei CDU/CSU ist dies nicht im selben Maß der Fall.

4 **Die Dynamik der Themensetzung: Reagieren Parteien auf externe Einflüsse in ihren Wahlprogrammen?**

Reagieren Parteien in ihrer Themensetzung auf externe Einflüsse? Im Folgenden lässt sich die Wirkung von skandalträchtigen Themen des Politikfeldes der Inneren Sicherheit sowie die Wirkung des Auftretens neuer Parteien auf sicherheitspolitische Aussagen und Positionierungen von etablierten Parteien zumindest näherungsweise bewerten. Konkret ist eine solche Reaktion zum einen nach der Entstehung neuer Parteien zu erwarten, die in ihrer Agenda sicherheitsrelevante Aspekte betonen, wie dies für die Piratenpartei (digitale Sicherheitsthemen) und die AfD („klassische“ Sicherheitsthemen¹²) der Fall ist. Für beide Parteien gilt, dass der Einzug ins Parlament nicht nur von Wahlforschungsinstituten lange vorher prognostiziert wurde, sondern dass bei zeitlich vorgelagerten (Landtags-)Wahlen die Piratenpartei und die AfD bereits messbare Erfolge hatten, die Fünf-Prozent-Hürde jedoch noch nicht überwinden konnten. Es ist also davon auszugehen, dass die Drohkulisse des jeweiligen neuen Akteurs in den analysierten Wahlprogrammen von den etablierten Parteien bereits mitgedacht werden konnte.

11 Die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg liegen allerdings nicht in der Beobachtungsperiode. Ein Vergleich städtisch und ländlich geprägter Bundesländer ist damit nur begrenzt möglich.

12 Darunter werden hier in erster Linie Fragen zu Kriminalität verstanden, die nicht Cybercrime umfassen, sowie Fragen zu Polizei und Justiz.

Zum anderen reagieren etablierte Parteien möglicherweise auf politisch einschneidende Entwicklungen und Skandale. Die Rolle von skandalträchtigen Themen wird dabei anhand des NSU-Skandals erfasst und über die Nennung von Verfassungsschutzthemen in Wahlprogrammen operationalisiert. Dies ist begründbar, da Verfassungsschutzthemen im Beobachtungszeitraum fast ausschließlich im Kontext des NSU-Skandals genannt wurden. Weil es dabei um die Deutung von Regierungshandeln geht, dürfte hier allerdings ein Unterschied zwischen Wahlprogrammen aus einer Koalitions- und Oppositionssituation heraus bestehen. Erwartungsgemäß beleuchten Koalitionsparteien die Kontexte von Skandalen weniger stark in ihren Wahlprogrammen, während Oppositionsparteien einen starken Fokus auf diese Skandale legen. Eine Nennung kritischer Themen mit Regierungsbezug dürfte sich entsprechend erst dann in Wahlprogrammen von Koalitionsparteien finden, wenn der Skandal eine besonders weit reichende Dimension erhält – wie beispielweise der NSU-Skandal in Thüringen – oder frühere Regierungen (konkurrierender Parteien) betroffen sind.

Auf welche Herausforderungen (neue Parteien, neue politische Entwicklungen) reagieren Parteien in ihrer Agenda und wie werden diese thematisch erfasst? Piratenpartei und AfD legen zwar durchaus einen starken Fokus auf Bereiche der Inneren Sicherheit, die gewählten spezifischen Unterthemen, die im Rahmen unserer Wahlprogrammanalyse durch eine umfangreiche Auswertung erfasst wurden, sind jedoch deutlich breiter angelegt.

Die genannte Fragestellung erfordert einen detaillierteren Ansatz als im vorherigen Kapitel. Die Salienz von Innerer Sicherheit soll im Folgenden spezifischer durch Fokussierung auf einzelne Teilaspekte des Politikfeldes herausgearbeitet werden. Dieses Vorgehen bringt den Vorteil mit sich, den Facettenreichtum eines Wahlprogrammes und die spezifischen Schwerpunkte innerhalb der Passagen zur Inneren Sicherheit beurteilen zu können.

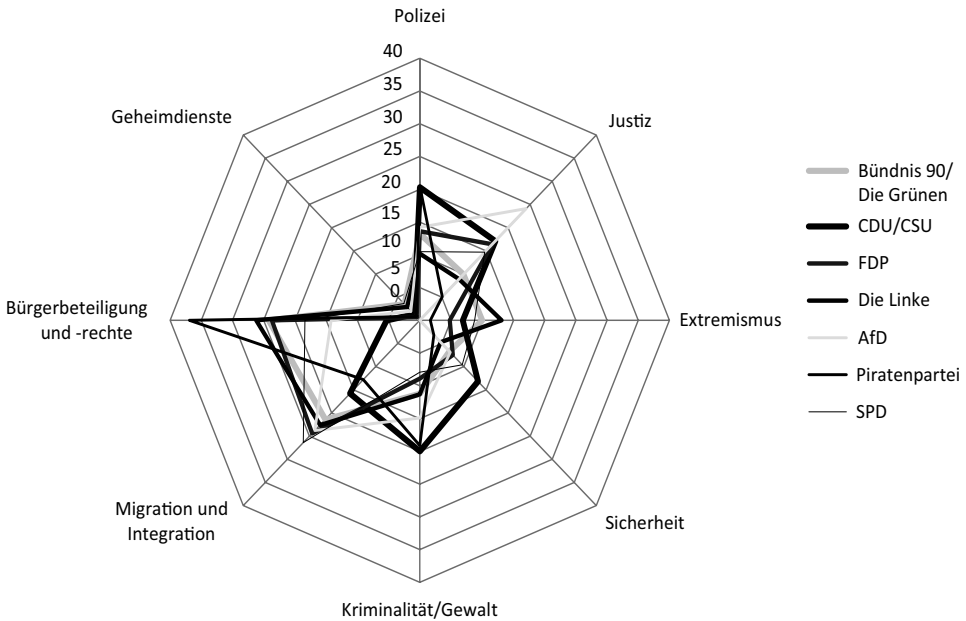
Für die themenspezifische Salienzanalyse werden sowohl die grundlegenden Kapitel zu Innerer Sicherheit in den Wahlprogrammen als auch einzelne Passagen zu Unterthemen der Inneren Sicherheit aus den weiteren Kapiteln herangezogen. Diese ergänzende Analyse ist notwendig, da die Beschränkung auf ein Hauptkapitel der Inneren Sicherheit besonders in den Fällen unvollständig bleibt, in denen Innere Sicherheit in unterschiedlichen Kapiteln eines Wahlprogramms behandelt wird. Wie zuvor angeführt werden beispielsweise die für uns relevanten Themen Kriminalität, Polizei und Justiz, Extremismus und Drogen(politik) zum Teil in unterschiedlichen Kapiteln behandelt. Die Erfassung dieser zusätzlichen ergänzenden Textstellen erfolgte durch eine *Keyword*-Suche, wobei konkret Textstellen ergänzend berücksichtigt wurden, in denen die folgenden Keywords besprochen wurden:

- Sicherheit (allgemein)
- Kriminalität/Gewalt
- Extremismus
- Polizei
- Justiz
- Geheimdienste

Abbildung 2

Innere Sicherheit in Wahlprogrammen der deutschen Parteifamilien nach Unterthemen

In Prozent



Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

- Migration/Asyl (mit Bezug zu Innerer Sicherheit)
- Bürgerbeteiligung/Bürgerrechte (mit Bezug zu Innerer Sicherheit)

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Abdeckung der verschiedenen Unterthemen durch die Parteifamilien. Dabei wurden die Werte der entsprechenden Wahlprogramme aus den Landesverbänden gemittelt. Das akteurszentrierte Unterthema Geheimdienste kommt als einziges Unterthema nur zu einem sehr beschränkten Maße in den Wahlprogrammen vor. Dem gegenüber zeigt sich für alle anderen Unterthemen, dass sie in den Wahlprogrammen aller Parteifamilien eine relevante Nennung erfahren. Während SPD, Grüne, Die Linke und die FDP ihren Hauptfokus innerhalb der Inhalte zu Innerer Sicherheit mit jeweils 20 Prozent oder mehr auf die Unterthemen Bürgerbeteiligung/-rechte und Migration/Integration legen, erreichen die Unionsparteien vergleichbar hohe Werte nur bei den Themen rund um Polizei und Kriminalität/Gewalt. Bei der AfD erreichen die Themen Migration/Integration sowie das Thema Justiz diese hohen Abdeckungswerte. Im Vergleich dazu weisen die Piraten den größten „Ausreißer“ aus, indem knapp 37 Prozent des Wahlprogramm-Ausschnitts das Thema Bürgerbeteiligung/-rechte beinhaltet. Die Piratenpartei weist weitere zwei Unterthemen betont auf – Kriminalität/Gewalt

sowie Polizei. Damit erscheint die Piratenpartei als diejenige Partei mit der deutlichsten Schwerpunktsetzung.

Die folgende Analyse setzt den Umfang spezifischer Subthemen jeweils zum Gesamtumfang der Passagen zur Inneren Sicherheit ins Verhältnis. Es wird also nicht wie zuvor ein Abgleich mit vollständigen Wahlprogrammen vorgenommen.

4.1 Der Einfluss neu entstehender Parteien

Der methodische Zugang wird anhand der thematischen Ausrichtung der Piratenpartei beziehungsweise der AfD gezeigt. Entsprechend werden die Fokusthemen dieser beiden neuen Parlamentsparteien identifiziert und anschließend mit den Themensetzungen der etablierten Parlamentsparteien abgeglichen. Die Vorgehensweise erlaubt es zu identifizieren, inwiefern und ab welchem Zeitpunkt die etablierten Parteien die Stammthemen der Piratenpartei beziehungsweise der AfD in ihren eigenen Programmen berücksichtigten.

Piratenpartei

In den Wahlprogrammen der Piratenpartei wird besonders der Komplex Bürgerrechte beziehungsweise Bürgerbeteiligung abgedeckt; er macht etwas mehr als ein Drittel des Gesamtprogramms aus (Abbildung 2). Zur Erfassung dieses Subthemas wurden Satzstellen zu folgenden Bereichen codiert:

- Politische Teilhabe
- Informationsfreiheit
- Datenschutz
- Rechtsstaatlichkeit und Transparenz des politischen Systems

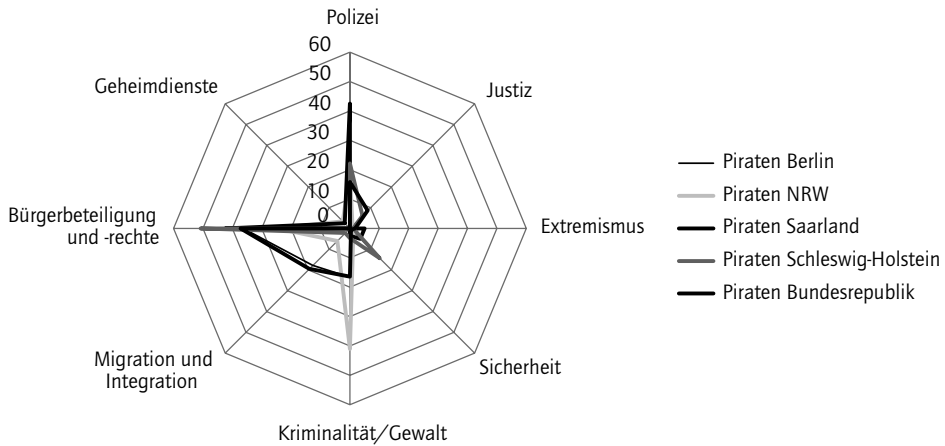
Die prominente Rolle dieser Unterthemen zieht sich durch alle vier analysierten Programme der Piratenpartei, womit ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den Wahlprogrammen aller anderen Parteien entsteht – und gleichzeitig die Einordnung als Ein-Themen-Partei eine gewisse Bestätigung findet.¹³ Beim Thema Bürgerbeteiligung/-rechte kommt lediglich Die Linke mit Werten um die 25 Prozent in die Nähe der Piratenpartei.

Neben der betonten Rolle von Bürgerrechten beziehungsweise Bürgerbeteiligung ist das Thema Polizeikompetenzen in allen Wahlprogrammen der Piratenpartei von zentraler Bedeutung (Abbildung 3). Die hohe Bedeutung wird durch den häufigen Bezug auf polizeiliche Überwachungskompetenzen getrieben. Daneben spielen allgemein Kompetenzen und Transparenzthemen in Verbindung mit dem Themenfeld Polizei eine relevante Rolle. Insgesamt thematisieren die Wahlprogramme der Piratenpartei in einem Viertel aller analysierten Sätze die genannten Polizeithemen. Damit übertreffen sie alle anderen Parteien. Nicht überraschend ist, dass die Uni-

13 Die große Bedeutung des Unterthemas Kriminalität bei der Piratenpartei in Nordrhein-Westfalen ist konsistent mit dem Schwerpunkt in weiteren Wahlprogrammen in Nordrhein-Westfalen. Hier spielt insbesondere das Charakteristikum eines hohen Kriminalitätsaufkommens im urbansten Flächenland der Bundesrepublik eine erklärende Rolle. Siehe dazu Bug et al. (2015).

Abbildung 3

Innere Sicherheit in Wahlprogrammen der Piratenpartei nach Unterthemen
In Prozent



Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

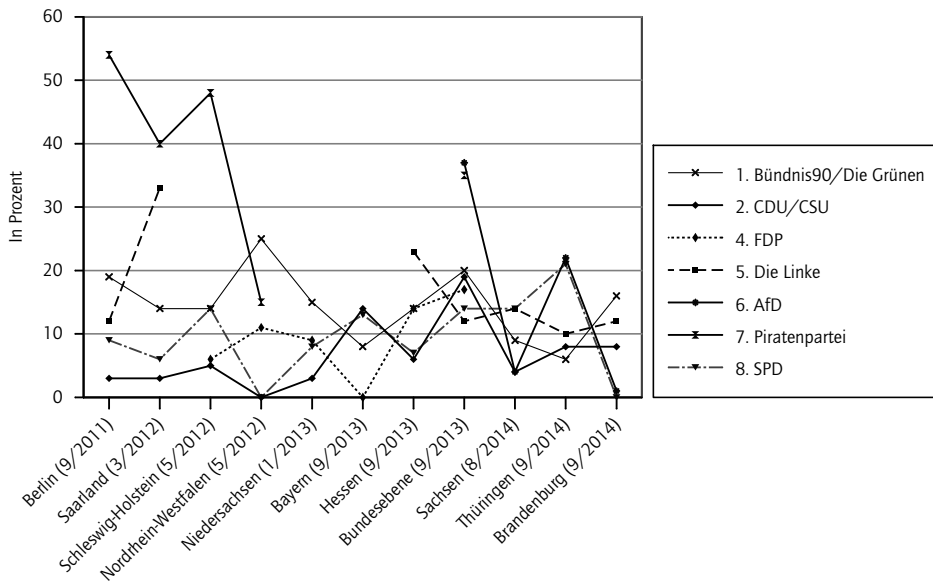
onsparteien der Piratenpartei in Bezug auf den Umfang der Polizeithemen (21,4 Prozent) am nächsten stehen. Allerdings wird in der detaillierteren Auswertung der Wahlprogramme sehr deutlich, dass sich der Schwerpunkt innerhalb der Polizeithemen bei den Unionsparteien völlig anders – vor allem auf die Bereiche Ausstattung, Präsenz vor Ort und Kooperation mit weiteren Sicherheitsbehörden – verteilt. Eine hohe Abdeckung, die allerdings zwischen den Programmen der Piratenpartei stark variiert, ergibt sich des Weiteren für den Bereich Kriminalität/Gewalt. Hier erscheint der Wert von 41 Prozent innerhalb des Bereichs Innere Sicherheit, die für Themen rund um Kriminalität/Gewalt im nordrhein-westfälischen Piratenprogramm aufgewendet wurden, eher als Ausreißer. Das Land weist vergleichsweise hohe Kriminalitätswerte auf und diese starke Thematisierung könnte vielleicht auch durch diesen Hintergrund zu erklären sein. Dies wird durch die Beobachtung gestützt, dass auch das Berliner Piratenprogramm dem Bereich Kriminalität/Gewalt große Bedeutung zuweist.

Im Aggregat machen die identifizierten Kernthemen in den frühen Wahlprogrammen der Piratenpartei in Berlin, im Saarland und in Schleswig-Holstein etwa die Hälfte der Inhalte im Bereich Innere Sicherheit aus.¹⁴ In Nordrhein-Westfalen betragen sie circa 15 Prozent (Abbildung 4). Hier

14 Konkret wurden folgende Codeschlüssel den „typischen“ Themen der Piratenpartei zugewiesen: Telekommunikations- und Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Informationsfreiheit, Datenschutz, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz des politischen Systems.

Abbildung 4

Anteil von Kernthemen der Piratenpartei am Gesamtumfang zu Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen



Anmerkung: Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der SSW in Schleswig-Holstein und der Freien Wähler in Bayern und Brandenburg nicht gesondert ausgewiesen.

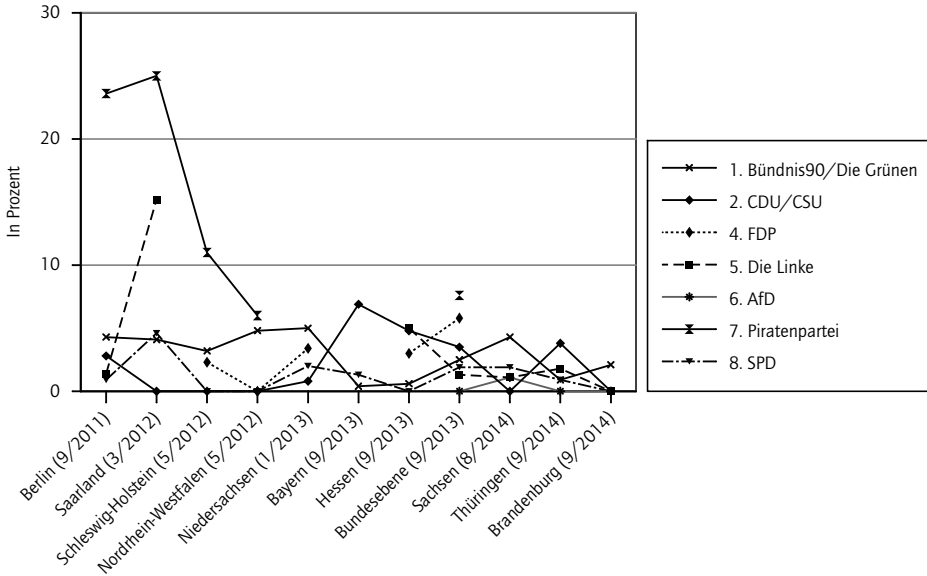
Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

ist auch zu sehen, dass die etablierten Parteien die Piraten-Themen nicht in diesem hohen Ausmaß abdecken. Darüber hinaus ist jedoch klar zu erkennen, dass die Abdeckung von Piratenthemen während der Erfolge und nach den Erfolgen der Piratenpartei zunimmt. Zudem scheint die Streuung im Ausmaß der Abdeckung der Piratenthemen ab der Bayern-Wahl bei den etablierten Parteien etwas abzunehmen.

Ein gesonderter Blick auf das singuläre Unterthema zu polizeilichen Kompetenzen im Bereich der Kommunikations- und Videoüberwachung – sozusagen als Kristallisationspunkt der Piratenthemen (Abbildung 4) – lässt erkennen, dass polizeiliche Überwachungskompetenzen in großem Umfang von der Piratenpartei thematisiert wurden (Abbildung 5), ohne dass dies von den etablierten Parteien in nennenswertem Ausmaß nachgeahmt wurde. Die Bedeutung des Themas nahm in den Landtagswahlprogrammen der Piratenpartei im Laufe der Zeit (deutlich zu sehen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) ebenso ab wie im Bundestagswahlprogramm. Dies stimmt mit einer breiteren Palette an Piratenthemen überein. Die Entwicklung kann durchaus als Versuch interpretiert werden, sich vom Image der „Ein-Themen-Partei“ zu distanzieren. Interessanterweise nahm die explizite Thematisierung von polizeilichen technischen Überwachungsmaßnahmen bei den Grünen nach den Erfolgen der Piratenpartei in der Tendenz ebenso ab, wohingegen sie bei den Unionsparteien tendenziell zunahm. Hierin dürfte durchaus ein

Abbildung 5

Anteil des Unterthemas Polizeikompetenzen: Telekommunikations- und Videoüberwachung im Gesamtumfang zu Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen



Anmerkung: Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der SSW in Schleswig-Holstein und der Freien Wähler in Bayern und Brandenburg nicht gesondert ausgewiesen.

Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

gemeinsamer Trend zu sehen sein: Während die Grünen überwachungskritische Forderungen, wie sie die Piratenpartei äußerte, in ähnlicher Weise thematisierten und sozusagen die Welle der Popularität einer kritischen Auseinandersetzung mit Überwachungsthemen mitprägte,¹⁵ griff die Union diese Forderungen erst auf, als der Erfolg der Piratenpartei – und damit auch die Popularität einer kritischen Perspektive auf Überwachung – schwand. Dies mag den Versuch widerspiegeln, die Popularitätsphase erst abzuwarten, um im Nachhinein die eigenen, in der Tendenz die Überwachung eher ausweitenden Forderungen (Beispiel Vorratsdatenspeicherung) wieder expliziter in die Wahlprogramme aufzunehmen.

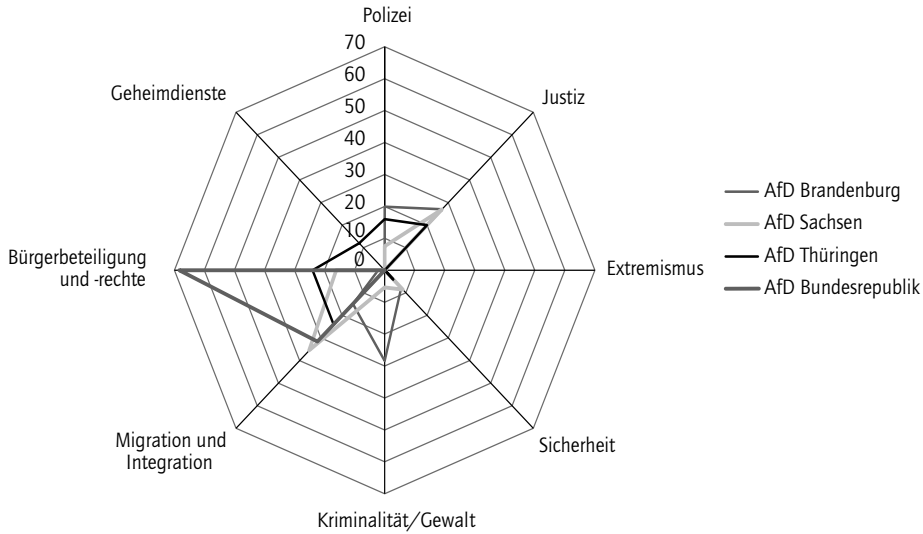
Die Ergebnisse deuten auf eine gewisse Thematisierungsfunktion der Piratenpartei hin: Es gibt Hinweise darauf, dass die konzentrierte Themensetzung der Piratenpartei (Stichwort: Ein-Themen-Partei) einen *positiven* Effekt auf die im Parteienspektrum am nächsten stehende Partei, Die Grünen, hatte. Die Nennungshäufigkeit des Kristallisationsthemas digitaler polizeilicher

15 Dies lässt sich mit der direkten Konkurrenz um dasselbe Wählerklientel (Güllner 2011, Haas und Hilmer 2012: 184) und der Notwendigkeit der Themenbesetzung plausibilisieren.

Abbildung 6

Unterthemen der Inneren Sicherheit in den Wahlprogrammen der AfD

In Prozent



Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

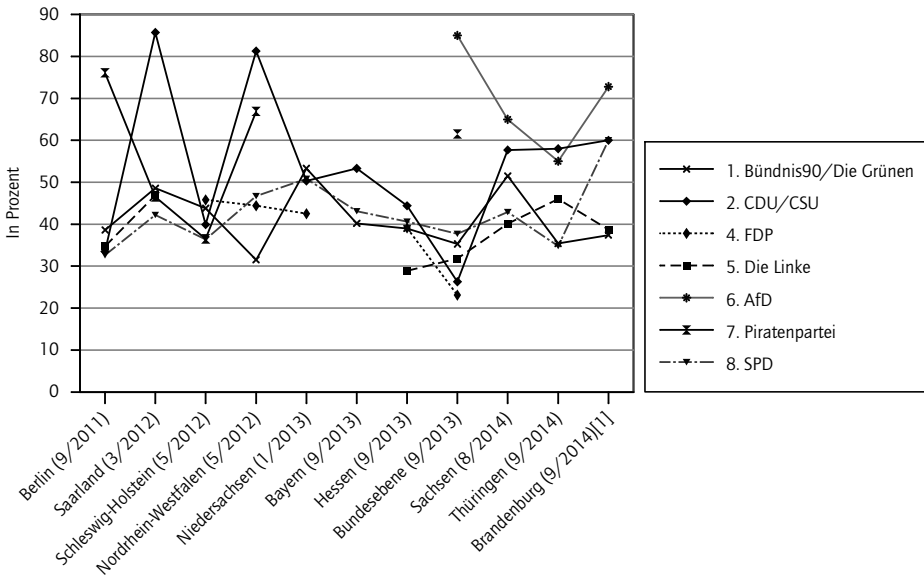
Überwachungsmaßnahmen nahm nach dem Ende der Erfolge der Piratenpartei auch bei den Wahlprogrammen der Grünen wieder ab. Eine zweite Logik könnte als eher *negativer* Effekt beschrieben werden. Unionsparteien, die sich im Wählerspektrum weit entfernt von der Piratenpartei befinden und in der Tendenz normativ konträre Ziele verfolgen, mieden das Kristallisationsthema Überwachung während der Hochphase der Erfolge der Piratenpartei und explizierten die konträren Ziele zu den Piratenforderungen nach Abflauen der Erfolge der Piraten wieder deutlich.

AfD

Für die analysierten Wahlprogramme der AfD nehmen drei Bereiche eine hervorgehobene Rolle ein: Bürgerbeteiligung und -rechte, Justiz und Migration/Integration (einschließlich Asyl und Integration von Migranten als Unterthemen) (Abbildung 6). Dies widerspricht dem Bild der AfD als Ein-Themen-Partei mit einem thematisch sehr engen Fokus. Eine Extremfokussierung auf den Bereich Bürgerbeteiligung/-rechte ist lediglich im (noch recht rudimentär ausgestalteten) Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl auffindbar ist. Obwohl sich die AfD wiederholt politisch verhältnismäßig nationalistisch äußerte und Fragen von Migration und Integration für die Partei eine zentrale Rolle spielen, ist das Thema Extremismus in den Wahlprogrammen der Partei allerdings *de facto* nicht vertreten, ebenso tauchen die Geheimdienste lediglich im Thüringer Landtagswahlprogramm auf – eine Plausibilisierung dazu folgt im nächsten Kapitel.

Abbildung 7

Anteil von Kernthemen der AfD am Gesamtumfang zu Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen



Anmerkung: Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der SSW in Schleswig-Holstein und der Freien Wähler in Bayern und Brandenburg nicht gesondert ausgewiesen.

Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

Aufgrund der eher breiten Abdeckung von Unterthemen werden aus den verschiedenen Subthemen für die weitere Auswertung diejenigen zusammengefasst, die als „typisch“ für die AfD gelten (Abbildung 7).¹⁶ Dazu zählen insbesondere Thematisierungen von konkreten Kriminalitätszusammenhängen und Fragen der materiellen Ausstattung von Polizei und Justiz. Da die zentrale Kritik der AfD am etablierten Parteiensystem auch den Vorwurf der Intransparenz beinhaltet, wurden zusätzlich Aspekte der Bevölkerungsbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen mit berücksichtigt. Die Einzelanalyse mit aggregierten Fokusthemen entspricht der Vorgehensweise im Fall der Piratenpartei (Abbildung 4). Jedoch muss einschränkend auf die deutlich umfangreichere Auswahl an Unterthemen hingewiesen werden, die hierbei für die AfD berücksichtigt wurden, um den Aggregator zu bilden.

16 Dabei fanden folgende Subthemen, wie sie speziell für die hier vorgestellte Studie in der Textauswertung geprüft wurden, Berücksichtigung: Sicherheitsgefühl der Bürger, Asyl und Asylbewerber, Migranten (ohne Asyl), Migration und Integration, politische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz des politischen Systems, Polizei (Ausstattung und Verwaltung), Polizei (Präsenz vor Ort, auf den Straßen etc.), Polizei (Einsatz- und Arbeitszeiten), Polizei (Kompetenzen), Kooperation zwischen den Behörden (Polizei und/oder weitere Sicherheitsbehörden), Telekommunikations- und Videoüberwachung, Schleier- und Rasterfahndung, Polizei (sonstige Themen), Polizei (allgemein), Justiz (Ausstattung), Justiz (Kompetenzen), Justiz (Strafvollzug), Justiz (Jugendliche), Kooperation in der Justiz, Justiz (sonstige Themen), Justiz (allgemein), gesamter Rahmen Kriminalität.

Für die vier analysierten Wahlprogramme der AfD gilt, dass die berücksichtigten Unterthemen das Gros der behandelten Themen zur Inneren Sicherheit ausmachen. Insbesondere auf das Bundeswahlprogramm sowie das Brandenburger Wahlprogramm trifft das zu. Diese Themen machen etwa drei Viertel der Inhalte zur Inneren Sicherheit aus.

Die etablierten Parteien SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fallen durch eine niedrigere Abdeckung dieser „AfD-Themen“ auf. Die breite Auswahl an Unterthemen zur Bildung der AfD-Schwerpunkte zeigt sich auch dadurch, dass diese Themen im Schnitt dennoch knapp die Hälfte der Inhalte zu Innerer Sicherheit in den Wahlprogrammen der eher links stehenden Parteien ausmachen. Einzelne Wahlprogramme von CDU-Landesverbänden verdeutlichen eine stärkere Themenüberschneidung mit der AfD, als dies für die weiteren analysierten Parteien der Fall ist. Dies betrifft besonders die Wahlprogramme aus dem Saarland und Nordrhein-Westfalen. Relativ gut bilden die AfD-Themen auch die Themensetzungen der CDU in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ab. Es kann jedoch grundsätzlich eine sehr große Spannweite bei den Unionswahlprogrammen festgestellt werden. Die drei jüngsten analysierten Unionswahlprogramme decken zwar auf einem durchgehend hohen Niveau (knapp unter 60 Prozent der Inhalte zu Innerer Sicherheit) die AfD-Schwerpunktthemen ab, allerdings kann hier kein Trend und damit kein potentieller Einfluss der AfD auf die Themensetzung der Union identifiziert werden – dafür müssten Wahlprogramme späterer Wahlen noch berücksichtigt werden, die allerdings über das bestehende Sample hinausgehen. Ein *negativer* Effekt, der darauf hindeutet, dass die AfD-Themensetzungen von konkurrierenden Parteien während der großen AfD-Erfolge gemieden werden, kann ebenso nicht belegt werden. Hierin besteht ein zentraler Unterschied zu den Effekten, wie sie sich im Fall der Piratenpartei abzeichneten.

4.2 Der Einfluss von politischen „Skandalthemen“

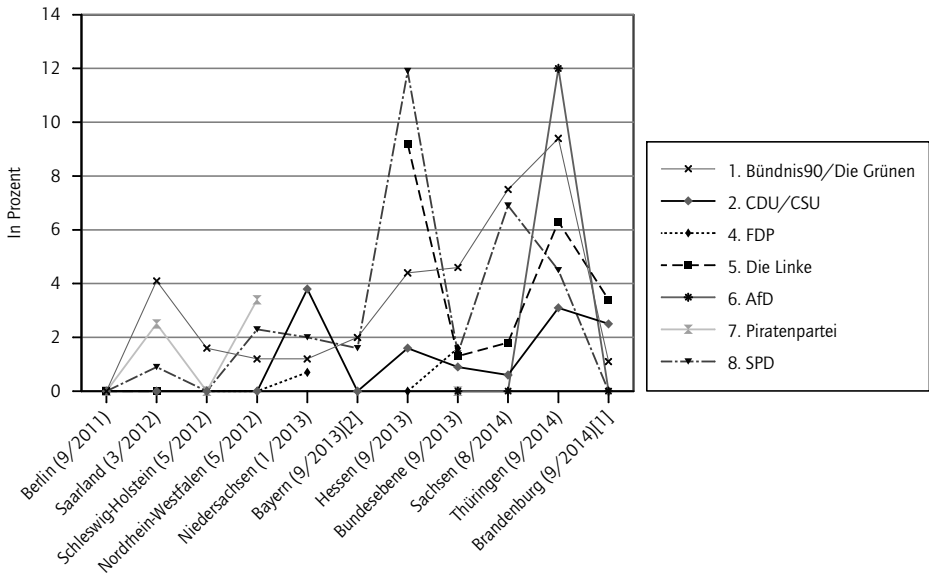
In der Beobachtungsperiode waren die Bundesländer unterschiedlich stark vom NSU-Skandal betroffen. In einigen Bundesländern wurden als Reaktion sogar parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt.¹⁷ Vom NSU-Skandal betroffen waren vor allen Dingen die Länder Sachsen (als Rückzugsbundesland und Region für diverse Banküberfälle des vermeintlichen NSU-Trios) und Thüringen (dort wurden durch den Untersuchungsausschuss sehr große Missstände innerhalb der Sicherheitsbehörden offengelegt, in Thüringen fanden ebenfalls etliche Banküberfälle statt). Aber auch Hessen (mit einem Mord in Kassel in Anwesenheit eines Beamten des Landesamts für Verfassungsschutz), Bayern (mit fünf Morden und dem am Münchner Landgericht verhandelten Gerichtsverfahren gegen Beate Zschäpe und ihre Kontaktpersonen), Baden-Württemberg (Polizistenmord in Heilbronn und unklare Verbindungen von Polizisten in rechtsextreme Strukturen), Nordrhein-Westfalen (in Folge zweier Sprengstoffanschläge in Köln und eines Mordes in Dortmund) betraf der Skandal unmittelbar. Trotz unterschiedlicher Betroffenheit der Länder bestand ein enormes bundesweites mediales Interesse, das sich auch im bundespolitischen Diskurs niederschlug.

Während sich in Bayern und Nordrhein-Westfalen die Kritik insbesondere an vergangenem Fehlverhalten der Sicherheitsbehörden in der Aufklärungsarbeit der teilweise schon mehrere Jahre zurückliegenden Morde entzündete, ist in Hessen, Sachsen und Thüringen insbesondere auch die aktuelle (Zusammen-)Arbeit der Sicherheitsbehörden untereinander und mit Gerichten be-

17 So in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen und auf Bundesebene.

Abbildung 8

Anteil des Unterthemas Geheimdienste am Gesamtumfang zu Innerer Sicherheit in Wahlprogrammen



Anmerkung: Zum Erhalt der Übersichtlichkeit sind die Werte des Wahlprogrammes der SSW in Schleswig-Holstein und der Freien Wähler in Bayern und Brandenburg nicht gesondert ausgewiesen.

Quelle: Bug, van Um, Kraus und Schanze (2015): Innere Sicherheit in Wahlprogrammen. DIW Berlin. Unveröffentlichter Datensatz.

ziehungweise Untersuchungsausschüssen in die Kritik geraten. In Thüringen und Sachsen waren vor der Verabschiedung der Wahlprogramme bereits Untersuchungsausschüsse tätig und nach der Landtagswahl wurden erneut Untersuchungsausschüsse eingesetzt – dies wurde von großem Medieninteresse begleitet.¹⁸ Die Reichweite des Skandals, gemessen an den Ergebnissen der Untersuchungsausschüssen ist in Thüringen zweifelsohne am größten.

Hat sich der Skandal auf die Wahlprogrammatik von Parteien ausgewirkt? Erfasst wird dieser Bezug über die Codiervariable Geheimdienste, die in den Wahlprogrammen häufig im Zusammenhang mit dem Thema NSU auftauchte.

Die Geheimdienste spielen in den untersuchten Wahlprogrammen meist eine geringe Rolle, wie Abbildung 8 zeigt. Der Anteil an Aussagen zu den Geheimdiensten an der Gesamtheit an Aussagen zu Innerer Sicherheit liegt meist unter fünf Prozent und bleibt ein Randthema. Lediglich in Folge von erhöhter Berichterstattung und parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im

18 Für einen Überblick über aktuelle Ausschüsse vergleiche www.mdr.de/nachrichten/landtag-sachsen-beschliesst-neuen-nsu-untersuchungsausschuss100_zc9a9d57e_zs-6c4417e7.html.

Land findet das Rahmenthema Geheimdienste auch in der Ausgestaltung der Landtagswahlprogramme einen gewissen Niederschlag. In der Berliner Abgeordnetenhauswahl – die zwei Monate vor Bekanntwerden des NSU stattfand – wurden die Geheimdienste von keiner der später im Parlament vertretenen Parteien überhaupt aufgeführt. Auch in der Folge spielen Geheimdienste eine meist geringe Rolle.

In den drei Ländern, in denen mit dem NSU-Skandal auch die aktuelle Arbeit der Sicherheitsbehörden im Besonderen Anlass für Kritik war, liegt der Umfang der Geheimdienstbezüge in den Wahlprogrammen erheblich höher. Dieser Befund wurde insbesondere durch die große Ausprägung dieser Themen in Wahlprogrammen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke getrieben. In Hessen und Sachsen betrieb die SPD ihren Wahlkampf aus einer Oppositionsrolle heraus. In diesen beiden Ländern stellte die SPD auch besonders auf die Geheimdienste als Rahmenthema ab. Diese Bedeutung erlangte das Thema im Thüringer SPD-Wahlprogramm nicht, wo die SPD aus einer Koalitionsposition heraus Wahlkampf betrieb. Obwohl der NSU-Skandal ein bundesweites und anhaltendes mediales Echo auslöste, spiegelt sich diese Bedeutung in den Wahlprogrammen auf Bundesebene so nicht wieder. Die Ergebnisse betonen damit einerseits die Eigenständigkeit der Landesverbände. Andererseits zeigen sie am Beispiel des NSU-Skandals, dass politische Themen mit bundesweit enormem Echo in Medien und Politik in ihrer konkreten Auswirkung auf die politische Themensetzung in Wahlprogrammen dennoch sehr lokal verbleiben können.

5 **Zusammenfassung: Unterschiedliche Parteienschwerpunkte als Indikator für eigenständige Dynamiken im Politikfeld**

Die Analyse der Wahlprogramme zeigte erstens eine nicht unerwartete erhebliche Varianz zwischen Parteien und Bundesländern in der thematischen Ausrichtung. Sowohl der bloße Anteil von Aussagen zur Inneren Sicherheit am Gesamtumfang der Wahlprogramme als auch die Aufteilung der Aussagen zu spezifischen Subthemen unterscheiden sich erheblich. Zweitens erbrachte diese Analyse Hinweise darauf, dass Wahlprogramme aktuelle Themen und Trends in dynamischer Weise aufgreifen. Zum Teil können Anzeichen für den Einfluss neuer Parteien in der Parteienlandschaft auf die Wahlprogramme etablierter Parteien herausgelesen werden. Hierbei weisen in erster Linie Parteien mit sich überschneidender Wählerklientel Ähnlichkeiten in der thematischen Schwerpunktsetzung von etablierten und neuen Parteien auf. Es scheint also insofern zu einem positiven Effekt zu kommen, als dass die Themensetzung der neuen Partei von etablierten und in der Wählerklientel nahe stehenden Parteien übernommen wird. Dieser Eindruck entsteht in allen Landtagswahlen mit erfolgreicher Teilnahme der Piratenpartei und einem potentiellen Einfluss auf die Themensetzung der Grünen. Für die AfD zeigt sich solch ein Effekt auf die parteipolitisch in vielen Bereichen nahestehende Union dagegen weniger ausgeprägt.

Einen deutlicheren Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Wahlprogramme scheint im Beobachtungszeitraum jedoch der medial verbreitete und die Landespolitik unmittelbar betreffende NSU-Skandal gehabt zu haben. Die Auseinandersetzung mit der Geheimdienstarbeit einiger Sicherheitsbehörden auf Landesebene (und hier insbesondere der jeweiligen Verfassungsschutzämter) findet – auch in Folge von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen – in den

Wahlprogrammen ihren Niederschlag. Besonders in den betroffenen Ländern Hessen, Thüringen und Sachsen wird dies in den Wahlprogrammen deutlich.

Eine weitergehende Aussage ist auf Basis der hier verwendeten Methodik, in der auf eine normative Analyse der Aussagen verzichtet wurde, nicht möglich. Für solche normativen Fragestellungen und weitergehende Forschung bietet sich der hier verwendete Datensatz dennoch an.

Literaturverzeichnis

- Abu-Chadi, Tarik (2015): Niche Party Success and Mainstream Party Policy Shifts – How Green and Radical Right Parties Differ in Their Impact. *British Journal of Political Science*, Available on CJO 2014 doi:10.1017/S0007123414000155.
- Benoit Kenneth, Thomas Bräuninger und Marc Debus (2009): Challenges for estimating policy preferences: Announcing an open access archive of political documents. *German Politics*, 18 (3), 440–453.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver (2006): Estimating party policy positions: Comparing expert surveys and hand-coded content analysis. *Electoral Studies*, 26 (1), 90–107.
- Berbouir, Nicole, Marcel Lewandowsky und Jasmin Siri (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24 (2), 154–178.
- Binder, Tanja und Andreas M. Wüst (2004): Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979–1999. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Br7, 38–45.
- Brähler, Elmar und Oliver Decker (2012): Die Parteien und das Wählerherz. www.zeit.de/politik/deutschland/2012-09/Piraten-Waehler-Umfrage (abgerufen am 4.6.2015).
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford, Oxford University Press.
- Bug, Mathias (2014): Innere Sicherheit – digital und vernetzt. In Jasmin Röllgen (Hrsg.): *Wie die Statistik belegt ... Tagungsband 5. SIRA Conference Series*, 45–70.
- Bug, Mathias, Martin Kroh und Kristina Meier (2015): Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht – Befunde der WISIND-Studie. *DIW Wochenbericht Nr. 12/2015*, 265–267.
- Bug, Mathias und Kristina Meier (2014): Herausforderungen bei der Messung von Kriminalität. *DIW Roundup 24*. Berlin.
- Bug, Mathias und Eric van Um (2014): Herausforderungen bei der Messung von Kriminalitätsfurcht. *DIW Roundup 49*. Berlin.
- Eder, Florian (2014): AfD hat unverständlichstes EU-Wahlprogramm. *Die Welt vom 21.5.2014*. www.welt.de/wirtschaft/article128239075/AfD-hat-unverstaendlichstes-EU-Wahlprogramm.html (abgerufen am 16.7.2015).
- Güllner, Manfred (2011): Wer sind die Piratenwähler? www.cicero.de//berliner-republik/wer-sind-die-piratenwaehler/46297 (abgerufen am 15.5.2015).
- Haas, Stefanie und Richard Hilmer (2012): Digitale Wutbürger oder Grüne 2.0?. In: Michael Schröder (Hrsg.): *Die Web-Revolution*. München, Olzog, 175–200.
- Hopkins, Daniel J. und Gary King (2010): A Method of Automated Nonparametric Content Analysis for Social Science. *American Journal of Political Science*, 54 (1), 229–247.

- Klecha, Stephan (2013): Ein-Themen-Parteien leben nur kurz. Zeit online vom 17.4.2013. www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/alternative-fuer-deutschland-4 (abgerufen am 16.7.2015).
- Korte, Karl-Rudolf und Jan Treibel (2009): Inhaltsanalyse „Parteiprogrammatik und Parteirhetorik vor der Bundestagswahl 2009“. Grundsatzprogramme. www.zdf.de/ZDFxt/module/Wortwolken/spitzentimeline/content/pdf/Wissenschaftliche_Inhaltsanalyse_zu_den_Grundsatzprogrammen.pdf (abgerufen am 2.10.2013).
- Landgericht Dresden (2013): 24.04.2013 – Medieninformation 2/13. www.justiz.sachsen.de/lgdd/content/1029.php (abgerufen am 10.9.2015).
- Lange, Hans-Jürgen und Bernhard Frevel (2009): Innere Sicherheit im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. In: Hans-Jürgen Lange, H. Peter Ohly und Jo Reichertz (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. 2. Aufl. Wiesbaden, VS Verlag, 115–148.
- Laufer, Heinz und Ursula Münch (2010): Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit. München.
- Laver, Michael und Ben W. Hunt (1992): Policy and Party Competition. New York/London, Routledge.
- Linhart, Eric und Jana Windwehr (2012): Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern. ZParl, Heft 3/2012, 579–597.
- Lischka, Konrad (2013): Illegale Abfrage in Dresden: Landgericht verbietet Handy-Überwachung. Spiegel-online vom 25.4.2013. www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/demo-in-dresden-landgericht-nennt-handy-ueberwachung-illegal-a-896419.html (abgerufen am 10.9.2015).
- Lowe, Will (2008): Understanding Wordscores. Political Analysis, 16 (4), 356–371.
- Lowe, Will, Kenneth Benoit, Slava Mikhaylov und Michael Laver (2011): Scaling Policy Preferences from Coded Political Texts. Legislative Studies Quarterly, 36, 123–155.
- Müller, Jochen und Christian Stecker (2015): Disentangling Parties’ Policy Shifts. Beitrag vorgestellt auf dem DVPW-Kongress 2015. Bisher unveröffentlicht.
- Niedermayer, Oskar (2014): Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei. ZParl, Heft 4/2010, 838–854.
- Pappi, Franz Urban und Nicole Michaela Seher (2009): Party Election Programmes, Signalling Policies and Salience of Specific Policy Domains: The German Parties from 1990 to 2005. German Politics, 18 (3), 403–425.
- Pappi, Franz Urban, Nicole Michaela Seher und Anna-Sophie Kurella (2013): Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien. Arbeitspapiere, 149, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Mannheim.
- Proksch, Sven-Oliver und Jonathan B. Slapin (2009): How to Avoid Pitfalls in Statistical Analysis of Political Texts: The Case of Germany. German Politics, 18 (3), 323–344.
- Quinn, Kevin M., Burt L. Monroe, Michael Colaresi und Michael H. Crespin (2010): How to Analyze Political Attention with Minimal Assumptions and Costs. American Journal of Political Science, 54 (1), 209–228.
- Röllgen, Jasmin (2014): Innere Sicherheit als Thema der Parteiprogramme zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014. ZParl, Heft 3/2014, 546–566.
- Rudzio, Wolfgang (2011): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 8. Aufl. Wiesbaden, VS Verlag.
- Schmitt, Ralf (2008): Die politikfeldspezifische Auswertung von Wahlprogrammen am Beispiel der deutschen Bundesländer. Arbeitspapiere, 114. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Mannheim.

- Stukenberg, Timo (2014): AfD-Wahlprogramm ist schwere Kost. Wirtschaftswoche vom 21.5.2014. www.wiwo.de/politik/europa/analyse-afd-wahlprogramm-ist-schwere-kost/9926484.html (abgerufen am 16.7.2015).
- Thüringer Landtag (2014): Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“. Bd. 3. www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/data/80919/index.aspx (abgerufen am 11.5.2015).
- Volkens, Andrea, Judith Bara und Ian Budge (2009): Data Quality in Content Analysis. The Case of the Comparative Manifestos Project. *Historical Social Research*, 34 (1), 234–251.
- Volkens Andrea, Judith Bara, Ian Budge, Michael D. McDonald und Hans-Dieter Klingemann (2013): *Mapping Policy Preferences from Texts 3: Statistical Solutions for Manifesto Analysts*. Oxford, Oxford University Press.